

EVP-Nationalrätinnen

Maja Ingold ZH

maja.ingold@parl.ch

079 339 23 22

Marianne Streiff BE

marianne.streiff@parl.ch

079 664 74 57

Sessionsbericht Nr. 4 / Sommer 2011

Liebe Leserinnen und Leser

Zwei Sonderdebatten samt Abstimmungen prägten die diesjährige Sommersession ganz besonders. Da war die mit Spannung erwartete Positionierung der Schweiz zum Thema Atomstrom und zu den erneuerbaren Energien. Weit über hundert parlamentarische Vorstösse wurden dazu eingereicht. In der zweiten Sondersession stand das Verhältnis der Schweiz zur europäischen Union EU im Vordergrund. Wir freuen uns Ihnen dazu und zu weiteren interessanten Geschäften, Themen und Erlebnissen berichten zu können. Viel Vergnügen bei der Lektüre.

Atomausstieg / Erneuerbare Energien

Fazit der grossen Energiedebatte

Der Nationalrat will eine Zukunft ohne Atomenergie, das ist die gute Nachricht. Die Energiewende hat damit begonnen. Aber was mit diesem Atomausstiegentscheid verbunden wird, ist in den Konsequenzen noch gar nicht absehbar. So umfassend dieser historische Beschluss ist, so wenig definiert sind jedoch die Eckpunkte. Von einem Fahrplan, wann die KKW's vom Netz zu nehmen sind, will das Parlament nichts wissen. Es setzt aber klare Akzente, wie der Umbau, dh. die Kompensation von Kernenergie mit Erneuerbaren vor sich gehen soll. Wenn schon dieser neue Kurs eingeschlagen werden soll, dann muss dieser Umbau marktfähig werden und der Schweiz neuen Schub, Innovation, Mehrwert, Fortschritt und natürlich weiter Versorgungssicherheit bringen. Das Parlament will die Hürden abbauen, die bisher die Technologieförderung und den Markt mit erneuerbaren Energien behindert hat. ZB. will es die finanzielle Obergrenze für die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) aufheben, aber diese gleichzeitig auch umbauen. Die Energieeffizienz soll mit einer Verschärfung der Standards für elektrische Geräte und mit der Einführung von intelligenten Stromzählern vorangetrieben werden. Das ist nur eine kleine Auswahl aus einer grossen Menge von überwiesenen



IN DIESEM BERICHT

Atomausstieg / Erneuerbare Energien ..	1
Europapolitik / Bilaterale III	... 3
Bundesverwaltung/ kein Vorbild	... 3
Parlamentarische Initiativen	... 4
Schulsport als Spielball	... 4
Ja zur Wehrpflicht	... 5
Sicheres Wohnen im Alter	... 5
Das Trauerspiel geht weiter	... 5
Neue Vorstösse	... 6

Vorstössen. Eine noch grössere Zahl war allerdings chancenlos. So zB. diejenigen der EVP, fast alle Grünen und auch interessante Modelle wie Anreizsysteme mit Lenkungsabgaben auf Strom wurden verworfen. Eine klare Mehrheit des Rats will auch die Verfahren zum Bau von Höchstspannungsleitungen straffen. Dasselbe gilt für Wasserkraft- oder Solaranlagen. Schon bald soll mehr Geld fliessen für die Produktion von erneuerbaren Energien.



Die Kehrseite der Medaille

Der Nationalrat hat den Atomausstieg beschlossen und hält den Ausbau der erneuerbaren Energien für möglich, aber nur wenn die Umweltverbände ihr Beschwerderecht verlieren. Sie werden entmachtet, um die Stromproduktion aus Wasser, Wind und Sonne ungehindert auszubauen. Und übrigens auch Holz. Da war ein unscheinbarer Vorstoss von Kollege Erich von Siebenthal, seines Zeichens Holzwirtschafts-Verbandspräsident (man merke), der kommentarlos angenommen wurde gegen den stummen Widerstand der Natur- und Landschaftsschützer. Er will für alle Projekte der Wasserkraftgewinnung und Energieholzerzeugung freie Bahn mittels der Blockierung von allen übergeordneten Strategien des Bundes, die diese einschränken könnten, so zB. die Biodiversitätsstrategie. Der Wald ist fast das letzte Refugium für die Erhaltung der Artenvielfalt, und für deren Schutz hat sich der Bundesrat sogar international verpflichtet. Maja als Vizepräsidentin von Vogelschutz/Birdlife Schweiz ist mit BR Doris Leuthard im wiederholten Gespräch über die Umsetzung der Ziele der Biodiversitätskonvention. Will die Schweiz nun als einziges Land in Europa neben Deutschland auf Atomenergie verzichten aber gleichzeitig die ökologische Nachhaltigkeit und ihre Verpflichtung unseren nachfolgenden Generationen gegenüber über Bord werfen? Wenn das der Preis ist, und in Sachen CO2-Klimaziele sind bis jetzt die Schutzbetuerungen auch ziemlich leise, dann ist die richtige Güterabwägung noch ausstehend. Zu dieser hat in der nächsten Session auch der Ständerat noch Gelegenheit. Dann wird der Bundesrat in den nächsten Monaten sich mit all den Chancen und Risiken der Parlamentsentscheide intensiv befassen und hoffentlich eine ausgewogene Botschaft vorlegen.

Aus dem Votum von Marianne Streiff

Die EVP Schweiz unterstützt deshalb die neue Energiestrategie des Bundesrates. Der Ausstiegsbeschluss muss aber nach der parlamentarischen Beratung rasch in konkrete Gesetzesänderungen gefasst werden, damit er mehr ist als eine blosse Absichtserklärung. Im Gegensatz zum Bundesrat sind wir ausserdem der Überzeugung, dass die AKW Mühleberg und Beznau das Ende ihrer Lebensdauer jetzt erreicht haben und nicht erst 2019 bzw. 2022. Sie sind so rasch wie möglich vom Netz zu nehmen. Dies verlange ich mit zwei Motionen. Über die Risiken dieser alten Meiler betreffend Erdbeben und über Risse im Kernmantel von Mühleberg konnten wir ja alle in letzter Zeit genügend lesen. Die ältesten und dermassen risikobehafteten Kernkraftwerke der Schweiz müssen deshalb rasch ausser Betrieb genommen werden. Ist ein Atomausstieg aber realistisch umsetzbar? Ich sage Ja. Der Atomausstieg bedingt neben der Förderung erneuerbarer Energien eine massive Senkung des Gesamtenergieverbrauchs. Das muss die allererste Priorität sein. Im Vordergrund stehen hier Effizienz und Suffizienz, also einerseits das Bemühen um einen möglichst geringen Energieverbrauch, z. B. mit A-Klasse-Geräten, und andererseits das Vermeiden jeglichen unnützen Verbrauches.

Link [Votum Marianne](#)

Europapolitik und Bilaterale III

Ein Beitritt zur EU ist für die EVP CH kein Thema. Hingegen verfolgen wir gegenüber der EU den bilateralen Weg weiter, ohne nur auf dem Trittbrett mitzufahren. Das heisst, dass wir uns wo immer möglich aktiv einbringen. Auch dafür, dass das Gesuch über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen des Bundesrates aufrechterhalten wird. Dieses Beitrittsgesuch ist ohnehin gegenstandslos, da es bei der damaligen und heute nicht mehr existierenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG eingereicht wurde. In Rückzug jedoch könnte die Beziehung zur EU unnötig belasten und die für unser Land wichtigen bilateralen Verträge gefährden. Der Nationalrat hat beschlossen, diese „schlafenden Hunde nicht zu wecken.

Bundesverwaltung: kein Vorbild in der Anstellung von Menschen mit Behinderung

Die Geschäftsprüfungskommission hat den jährlichen Geschäftsbericht des Bundesrates zu überprüfen und trifft sich zu nicht weniger als acht täglichen Sitzungen mit den Departementsvorsteher/innen selbst und vor allem mit ihren Verwaltungskadern zu Präsentationen und Diskussionen über alle ihre Berichte. Diese sind auch von den verselbständigten Einheiten zu verfassen und den Kommissionen vorzulegen. Im Rahmen des Personalreporting und -controllings 2010 berichteten sowohl alle verselbständigten Einheiten wie SBB, Post, ETH, FINMA, ENSI, Swissmedic, Nationalmuseum und natürlich die Bundesverwaltung selbst über die Ergebnisse ihres Personalmanagements. Gemäss der Vereinbarung zwischen GPK, Fiko und Bundesrat zu Inhalt und Form des Reportings wurden Kennzahlen und Indikatoren zur Umsetzung der Personalpolitik gemacht. Neben den klassischen Aspekten wie Fluktuation, Anwendung des Lohnsystems, Geschlechterverteilung, Sprachenverteilung, Lernendenanteil zählte auch die Integration behinderter Menschen zu den Themen, über die Infos geliefert werden mussten.

Maja Ingold als Mitglied der GPK hat die Reportings daraufhin überprüft, ob und wie behinderte Menschen integriert werden, ob sie Quoten haben und wie innovativ sie Projekte dazu initiieren. Dabei glänzte die Post mit einer Quote von 1,8% der im GAV Angestellten (36'000), die SBB stellt keine Behinderte von aussen neu an, die ETH hat zwar eine Policy aber keine Zahlen, kleinere Betriebe wie das Nat. Museum sind mit der Eingliederung Behinderter aktiv und kreativ.

Die Bundesverwaltung selbst versucht es seit 2009 mit einer Förderprämie als Anreizsystem. 2010 kamen gerade mal 258 Personen in den Genuss von Lohnzuschüssen und Förderprämien. Bei ca. 36'000 MA sind das weniger als 1%. Damit ist sie nicht gerade ein Vorbild.

Die eidgenössische Finanzkontrolle EFK kam zu folgendem Schluss: „ bei Anstellungen von Menschen mit Behinderung nimmt die Bundesverwaltung ihre Vorbildfunktion bisher nicht zufrieden stellend wahr“ das stellt den Nachholbedarf klar.

Beter aus verschiedenen Kulturen begegnen sich

Während der Session erhielt Marianne Besuch aus Mali im Bundeshaus. Bauer und Pfarrer Bomba Diali freute sich, im Rahmen seines Schweizerurlaubs die Bekanntschaft mit dem Bundeshausbeter Jean Claude Chabloy zu machen.



Parlamentarisches Komitee stellt sich gegen den Abbau bei der Berufsbildung für Jugendliche mit Behinderung

Die Selbsthilfeorganisationen „cerebral“, „inseme“ und „procap“ haben eine Petition gegen die Sparpläne des Bundesrates und Bundesamtes für Sozialversicherungen lanciert. Während der Session wurden interessierte Parlamentsmitglieder an einem Treffen näher darüber informiert. Marianne Streiff ist Mitglied im Patronatskomitee der Petition. Bereits wurde die Petition von über 25'000 Menschen unterzeichnet

Link zum Unterzeichnen:
<http://www.ipetitions.com/petition/50-jahre-iv/>

In den parlamentarischen Debatten zum IV-Revisionspaket 6a vertraten die Arbeitgeber und die Ratsmehrheit die Meinung, eine „Quotenpflicht“ (Pflicht, Leistungsbeeinträchtigte einzustellen, zB. 2%) sei nicht nötig. Sie versprachen eine freiwillige Umsetzung. In ihrem Votum im Rat postulierte Maja aus diesen ernüchternden Untersuchungen: „Die Bundesverwaltung muss hier eine Vorbildfunktion übernehmen und mindestens ihren Teil dazu beitragen, damit die 16'000 die ihre IV-Rente mit dem 6. IV-Revisionspaket verlieren, Plätze im 1. Arbeitsmarkt finden. Hier Führung zu übernehmen wäre auch für die öffentliche Akzeptanz der IV- Revisions-Pakete ein ermutigendes Signal des Bundes“. Die Enttäuschung, dass gerade die Bundesverwaltung selbst nicht mit dem guten Beispiel vorangeht, veranlasste Maja zum Einreichen einer Motion, die genau dies verlangt.

Parlamentarische Initiativen

Am Rande der gewichtigen Debatten und komplizierten Gesetzesvorlagen, die zu beraten sind, werden in jeder Session auch noch Vorstösse behandelt, die in den entsprechenden Kommissionen vorberaten sind und mit Antrag „Folge geben“ oder „nicht Folge geben“ in den Rat kommen. Reichhaltig ist die Themenpalette, in die man eintaucht um sich darüber eine Meinung zu bilden. Der grosse Teil der Vorstösse betrifft Themen, die auch schon diskutiert sind aber vielleicht mit neuer Argumentation neue Chancen auf Akzeptanz bekommen, doch die meisten schaffen die Mehrheit nicht und werden nicht weiterverfolgt. Erwähnenswert ist diesmal die [Parlamentarische Initiative](#) von L. Meier-Schatz: „Erhöhung der Erziehungs- und -betreuungsgutschriften in der AHV“. Als Familienpartei hat die EVP Sympathie für alles was den Wert der Familienarbeit stärken kann, die meist die Mütter betrifft und zulasten der Erwerbsarbeit geht. Der Initiative wurde leider mit 105 : 66 keine Folge gegeben.

Schulsport als Spielball von „Föderalismus-Games“

An den Schulen sind künftig drei Stunden Sport pro Woche obligatorisch. Darauf hat sich das Parlament nach langem Hin und Her geeinigt. In der vierten Runde hat der Ständerat nachgegeben und seinen Widerstand aufgegeben. Er hat den Antrag der Einigungskonferenz** angenommen und damit akzeptiert, dass der Bund die Mindestzahl Sportlektionen festlegt. Damit ist das Sportförderungsgesetz beschlossen. Die beiden Parlamentskammern hatten die Frage um drei Turnstunden an der Volksschule zur Glaubensfrage um den Föderalismus hochstilisiert. Je drei Mal stand der Gesetzesentwurf auf der Traktandenliste beider Räte. Und dreimal blieben sie stur auf ihrer Linie: Der Nationalrat wollte die Kompetenz zur Festlegung der Anzahl Turnstunden dem Bund geben, der Ständerat den Kantonen. Sportminister Ueli Maurer warnte davor, das Sportförderungsgesetz an dieser einen Frage scheitern zu lassen.

Nachessen an einem besonderen Ort:

Am letzten Donnerstag der Session wurden wir von Doris Leuthard zum Fraktionsschlusssessen in den Landsitz Lohn eingeladen. Dort empfängt der Bundesrat jeweils seine Staatsgäste.



* Die **Einigungskonferenz**: Jedes Gesetz wird erst von beiden Räten nacheinander beraten. Stimmen die Entscheidungen der beiden Räte nicht überein, kommt es zum Verfahren der [Differenzbereinigung](#). Dabei geht die Vorlage an den ersten Rat zurück, welcher dann entweder seine Position an den Zweirat anpasst oder auf der eigenen Position beharrt. Anschliessend geht die Vorlage wieder in den Zweirat. So pendelt die Gesetzesvorlage zwischen dem [Ständerat](#) und dem [Nationalrat](#) hin und her. Ist, nachdem jeder Rat die Vorlage drei Mal beraten hat, immer noch keine gemeinsame Entscheidung gefunden, kommt es zur Einigungskonferenz. Diese besteht aus je 13 Mitgliedern der vorberatenden Kommissionen.

Ja zur Wehrpflicht

Der Schweizer ist und bleibt wehrpflichtig. Der Nationalrat hat mit 117 zu 53 Stimmen eine parlamentarische Initiative abgelehnt, die eine Sistierung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt hatte. Auch Maja Ingold und ich haben diese Motion abgelehnt. Eine Abkehr von der Wehrpflicht würde auch in Richtung Abkehr von der Milizarmee führen. Zudem ist die Miliz mit den Dienstpflichtigen die aus den verschiedensten Berufssparten viel Know How mitbringen ein grosses Plus auf das nicht verzichtet werden kann.

Sicheres Wohnen im Alter, Volksinitiative

Die EVP hat es ganz anders gesehen. Sie befürwortet die Abschaffung des Eigenmietwerts: wer die Schulden auf seinem Haus abzahlt, soll nicht länger bestraft werden. Allerdings müssen gleichzeitig mindestens ein Teil der Abzüge für Unterhaltskosten fallen, nämlich diejenigen, die nicht nachhaltige Massnahmen betreffen. Unterhaltskostenabzüge sind heute im Hinblick auf die Ankurbelung der energetischen Sanierung von Altbauten ein willkommenes zusätzliches Anreizsystem für die Senkung des Gesamtenergieverbrauches. In diesem Sinn hat der Bundesrat der Volksinitiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt, der nicht nur Senioren zu gute käme sondern allen, die schlecht fahren, wenn sie ihre Hypothek zurückzahlen. Der Systemwechsel bei der Besteuerung von selbstgenutztem Wohneigentum ist der richtige Schritt. Damit würde auch der Fehlanreiz zum Schuldenmachen beseitigt. Aber der Nationalrat sah im Gegensatz zum Ständerat unüberwindliche Hindernisse und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf setzte sich erfolglos für einen Gegenvorschlag mit einem konsequenten Systemwechsel ein. [Votum Maja Ingold](#) zur Volksinitiative und Gegenvorschlag

Das Trauerspiel geht weiter

Im Ringen der Räte um die Abzocker-Initiative und eine möglichen Gegenvorschlag, ist weiterhin kein baldiges Ende in Sicht. Und auch der Volksentscheid ist in weite Ferne gerückt: Der Nationalrat will die Frist für die Behandlung der Initiative verlängern. Für uns EVP-Nationalrätinnen ist dies ein Affront gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die endlich darüber abstimmen wollen. Fast einen ganzen Tag lang diskutierte der Nationalrat über die Gesetzesbestimmungen im Gegenvorschlag, mit denen Lohn- und Boni-Exzesse eingedämmt werden sollen. Am Ende stimmte er der Vorlage mit 82 zu 75 Stimmen bei 17 Enthaltungen zu. Anders als der Ständerat, will der Nationalrat keine Bonussteuer. Aus diesem Grund haben wir EVP-Vertreterinnen diesen Gegenvorschlag abgelehnt.



Vorstösse der Sommersession

Wir haben auch in dieser Session wieder einige Vorstösse eingereicht.

Maja Ingold

Fragestunde: Das Bienensterben bedroht die Welternährung

Motion: Führende Bundesverwaltung in der Anstellung von Menschen mit Behinderung

Motion: Gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe

Interpellation: Keine Biodiversitätsstrategie mehr im Wald?

Interpellation: Biodiversitätsziele

Marianne Streiff

Motion: Mehr Nutzen von IVG-Statistiken

Postulat: Änderungen der Förderbedingungen für das Gebäudeprogramm des Bundes. Opfer des eigenen Erfolgs

Link [Vorstösse Maja Ingold](#)

Link [Vorstösse Marianne Streiff](#)



Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und Ihre Unterstützung danken wir Ihnen herzlich und wünschen Ihnen einen schönen Sommer

Maja Ingold und Marianne Streiff